

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 33 (2006)
Heft: 6

Artikel: Politik/Abstimmung : das Volk folgt Bundesrat und Parlament
Autor: Ribí, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911328>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Volk folgt Bundesrat und Parlament

Das Schweizer Stimmvolk hat am 26. November zweimal im Sinne von Regierung und Parlament entschieden – ziemlich knapp für das Osthilfegesetz mit der umstrittenen Milliardenzahlung an die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und sehr deutlich für landesweit einheitliche Familienzulagen.

Ja für die Osthilfe

Den erwarteten knappen Ausgang nahm die Volksabstimmung über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas: Nur 53,4 Prozent des Stimmvolkes und immerhin 15 Kantone stimmten dem Osthilfegesetz zu, gegen das die SVP und zwei kleine Rechtsgruppen das Referendum ergriffen hatten. Die Kantone der Westschweiz und die städtischen Regionen der Deutschschweiz stimmten klar dafür, die ländlichen Kantone der Innerschweiz und der Ostschweiz ebenso deutlich dagegen. Den höchsten Ja-Stimmenanteil erzielten die Waadt (61,5 Prozent), Basel-Stadt (60,5), Genf und Jura (je 60,1). Die stärkste Ablehnung kam aus den Kantonen Glarus (64,6), dem Tessin (62,9), Schwyz (61,3) und Thurgau (56,7). Das Ständemehr war nicht verlangt, wäre aber erreicht worden. Gegenüber den Europa-Abstimmungen von 2005 (Schengen/Dublin und Personenfreizügigkeit) lag die Zustimmung diesmal leicht tiefer. Verlierer des Tages war die SVP, die praktisch allein gegen das Gesetz kämpfte. Es war dies die dritte Niederlage in Folge dieser Rechtspartei in einer Europa-Abstimmung. Mit dem Ja zum Osthilfegesetz kann die Schweiz ihren bilateralen Weg nach Europa fortsetzen.

Ja für die Familienpolitik

Mit 68 Prozent Ja-Stimmen wurde das Bundesgesetz über die Familienzulagen klar angenommen. Alle Kantone mit Ausnahme von Appenzell-Innerrhoden stimmten zu, am deutlichsten der Kanton Jura (83,7 Prozent), das Tessin (75,8), Freiburg (75,8), Waadt (75,6) und Basel-Stadt (70,6). Die Stimmbeteiligung lag bei 44,4 Prozent. Ein Volksscheid wurde nötig, weil der Schweizerische Gewerbeverband das Referendum ergriffen hatte. Zu den Verlierern dieser Abstimmung zählten auch der Schweizerische Arbeitgeberverband, die SVP und die FDP. Sieger waren die SP, die CVP, die Grünen und die Gewerkschaften. Das neue Bundesgesetz schafft landesweit Mindeststandards für die Höhe der Kinderzulagen und der Ausbildungszulagen und vereinheitlicht die Anspruchsbedingungen. In 22 Kantonen werden die Familienleistungen gegenüber bisher verbessert. Eine Million Kinder und Jugendliche profitieren von den Familienzulagen. Die private Wirtschaft leistet heute schon vier Milliarden Franken für Kinderzulagen und muss nun weitere 455 Millionen Franken erbringen. Der Spielraum für neue familienpolitische Begehren ist damit eher kleiner geworden. RR

Ja-Anteile der Schweizer Kantone bei der **Osthilfe** und bei der **Kinderzulage**:

